In russischen Schulbüchern – wie hier aus dem Jahr 2021 - wird die Russische Revolution als Teil des Kapitels „Große Erschütterungen“ behandelt. Dazu gehören der Erste Weltkrieg, die Februar- und die Oktoberrevolution, der *Bürgerkrieg und der Zerfall des Imperiums* sowie die Zeit des Kriegskommunismus. Der Begriff „Erschütterungen“ geht auf den Satz des zarischen Innenministers Peter Stolypin aus dem Jahr 1907 „Sie wollen große Erschütterungen – wir wollen ein großes Russland“. Dieser Satz beschreibt seit Beginn der 2000er Jahre die Angst der russischen Regierung vor Veränderungen, die *nicht* von der staatlichen Macht ausgehen.

Die Formel „Große Erschütterungen“ in den Schulbüchern soll die Widersprüchlichkeit dieser Zeit für russische Geschichte symbolisieren, nicht zuletzt gehört die „Große Russländische Revolution“ zu den so deklarierten „schwierigen Fragen der russischen Geschichte“.[[1]](#footnote-1) In den entsprechenden Kapiteln zur Revolution sind sich die Schulbücher einig: Während die *Februarrevolution 1917* als ein Volksaufstand erscheint (dabei wird die politische Führung der „Schwäche“ angeklagt), kommt der *Oktoberrevolution* eine eindeutig negative Bewertung als „Staatsstreich“, „Putsch“ oder als „Machteroberung der Bolschewiki“ zu. Die Beschreibung der Ereignisse wiederholt dabei die sowjetischen Schemata, was die Details überladene Schilderung und die ausschließliche Fokussierung auf die Aktivitäten Lenins angeht. Nach wie vor erscheint er wie ein allmächtiger Führer des historischen Prozesses – nun mit einem negativen Vorzeichen.[[2]](#footnote-2) Die zeitliche Nähe der beiden Revolutionen erlaubt es der Geschichtspolitik, den demokratischen Februar zu vergessen. Die Abdankung des Zaren, die Bildung der Doppelherrschaft, die ersten Schritte der jungen Demokratie – auch hier steht alles im Schatten von Lenins Staatsstreich, der wiederum im Schatten von Stalin steht.

Erinnerung an Russische Revolution löst im heutigen Russland großes Unbehagen aus – und es war nicht einfach, genug Material für diesen Vortrag zu finden, da dieses Thema eine so marginale Rolle spielt.

Es ist auffällig, dass das 100. Jubiläum der Russischen Revolution, ihr Erbe und die „historischen Lehren“, sehr spät zum Gegenstand der offiziellen Geschichtspolitik wurden. Erst im Dezember 2016, in seiner Rede vor der Föderalversammlung, formulierte Vladimir Putin die Hauptlinie des Erinnerungsdiskurses für das Gedenkjahr 2017. (Eine Rede vor der Föderalversammlung wird als „Rede an die Nation“ genannt: dieser kommt eine sehr wichtige erinnerungspolitische Bedeutung zu, denn gerade durch die Geschichtsbezüge wird die aktuelle Regierungspolitik legitimiert.)

Die aktuelle Geschichtspolitik laut dieser Rede sollte Versöhnung stiften. Einschlägig wurde Putins Satz: „Wir sind **ein** Volk, und wir haben nur **ein** Russland“. (Dieses eine Zitat wurde übrigens zur Inschrift auf dem Denkmal (Versöhnungsdenkmal) auf der Krim – das einzige Denkmal, das zum Anlass des hundertsten Jubiläums der Revolution errichtet wurde. )

Die historische Lehre der Revolution bestünde in „nationaler Eintracht“ und Überwindung aller Zerstrittenheit, so Putin. Mit der Umsetzung betraute Putin die „Russländische Historische Gesellschaft“, – eine halbstaatliche Institution unter dem Vorsitz seines Vertrauten (und dem Chef des Auslandsgeheimdienstes) Sergej Naryschkin. Das Motiv der Versöhnung soll auch in Denkmalform verfestigt werden: Für den 4. November des Jubiläumsjahres war die Eröffnung eines Versöhnungsdenkmals auf der Krim geplant. Dieses Denkmal sollte an die Opfer beider Seiten im Bürgerkrieg erinnern und die Tragik der nationalen Spaltung im Jahr 1917 vermitteln. Der Ort für die Denkmalerrichtung ist symbolträchtig: Er verweist einerseits auf den historischen Ort des Bürgerkriegsendes in Europa – von der Krim verließen die Reste der geschlagenen Weißen Armee 1920 Russland –, andererseits projiziert er die „Versöhnungsfrage“ in die Gegenwart und beschwört einen nationalen Konsens in der Frage nach der Zugehörigkeit der Krim zu Russland.

Die ursprünglichen Planungen, das Denkmal in der Stadt Kertsch aufzustellen, wurden überdacht, und das Denkmal wurde vier Jahre später – 2021 - in Sevastopol eröffnet.

Im Jahr des hundertsten Jubiläums der Revolution, 2017, fand in Moskau keine offizielle Gedenkveranstaltung für Februar- oder Oktoberereignissen in Petrograd statt. Statt dessen feierte man am 7. November den Tag des militärischen Ruhmes - den 76. Jahrestag der Militärparade zu Ehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Jahr 1941“. Es ist ein Gedenktag für den zweiten Weltkrieg – am 7.11.41 marschierten die Rotarmisten vom Roten Platz in Moskau direkt an die Front und hatten Moskau erfolgreich vom deutschen Angriff verteidigt. In einem aufwändigen Re-Enactment wurde an diese heroische Tat des Sowjetvolkes erinnert.

Dieser Austausch von Erinnerungen und die „Versöhnung“ als sinngebende Logik der Revolutionserinnerung ist nicht minder bemerkenswert wie der späte Zeitpunkt Putins Ansprache zur Revolution. In Russland liegen hundert Jahren und fünf Generationen dazwischen, und doch ist die **Versöhnung** (oder eher: Verdrängung) für die politische Führung wichtiger denn je.

Dafür sehe ich folgende Gründe: das tagespolitische Geschehen; populistische Logik russischer Geschichtspolitik, und schließlich die Anknüpfung an die früheren Deutungen der Revolution in den letzten drei Jahrzehnten (historischer Kontext).

Tagespolitik – erster Erklärungsansatz

In politischen Reden wird der Begriff der Revolution negativ besetzt. Durch den Hinweis auf die „bunten Revolutionen“ – also Massenproteste, die die Machtverhältnisse in vielen der ehemaligen Sowjetrepubliken in Frage stellten – sollen Schreckensszenarien von Chaos, *Bürgerkrieg und Blutvergießen* im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden.

Das Schreckgespenst des drohenden Zerfalls und des Bürgerkriegs dient als Begründung für eine verordnete Eintracht und Versöhnung als nationale Aufgabe. Teil dieses Bedrohungsszenarios ist auch das Motiv des destabilisierenden Einflusses des Auslands/ oder aus dem Westen/, was zusätzlich eine Konfliktprojektion nach außen ermöglicht: jene Kräfte, die zu Veränderung und Machtwechsel aufrufen werden als „Verräter der Nation“ oder ausländische Agenten stigmatisiert. Deutlich verstärkt hat sich die Revolutionsphobie der politischen Eliten in Russland nach der Majdan-Revolution in Kiew. Die Verschwörungstheorie von Lenin als einem eingeschleusten Agenten des Westens wurde gerne im Falle des Kremlkritikers Aleksej Navalʹnyj, der aus Deutschland nach Russland zurückkehrte, wieder aufgelegt: Navalʹnyj, als ein deutscher Spion, der in seiner Rückkehr aus dem Westen nach Russland Lenin „kopierte“.

Russlands Geschichtspolitik: zweiter Erklärungsansatz

Am Beispiel der Revolutionserinnerung lässt sich gut die Logik und Funktionsweise der Geschichtspolitik aufzeigen. Sie besteht im selektiven Zugriff auf die stolzen und ruhmreichen Ereignisse einer „tausendjährigen“ Geschichte. Das Bindeglied dieses Zugriffs besteht in der militärischen Ruhmesgeschichte Russlands – Geschichte wird anhand von siegreichen Schlachten und Kriegsführern erzählt. Im Zentrum des Narrativs steht die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ 1941-1945. Da die Kriegserinnerung auch im biografischen, im familiär-alltäglichen Gedächtnis der Russen einen wichtigen Platz einnimmt, ist diese Strategie anschlussfähig.

Und so ist es logisch, dass die russische Führung das Revolutionsgedenken **an die Kriegserinnerung** angebunden hat, wie durch die Einführung des Tages des militärischen Ruhmes am 7. November - in Erinnerung an die Revolutionsparade am 7. November 1941 während der Schlacht um Moskau. Weil – im Gegensatz zu der rühmlichen Geschichte der Schlacht vor Moskau, – verschließt sich Russische Revolution einer sinnstiftenden Ruhmesgeschichte. Im hundertsten Jubiläumsjahr konnte die politische Macht die Revolution nicht ausblenden, genauso wenig wie sie diesen Erinnerungsort den kommunistischen Parteien überlassen wollte. Das Motiv der Versöhnung stellt in diesem Zusammenhang lediglich eine Notlösung dar, - es soll von den Ereignissen im Jahr 1917 wegführen und den Blick auf den Bürgerkrieg und auf die Bedeutung der nationalen Einigkeit lenken.

Historischer Kontext der Revolutionserinnerung – dritter Erklärungsansatz

Jedes Gedenken verweist nicht nur auf die Vergangenheit, es führt auch einen Dialog mit vorangegangenen Nutzungen von Geschichte. Es lohnt sich daher, nach der Entwicklung der Revolutionserinnerung und nach den Traditionen der heutigen „Versöhnungsbotschaft“ zu fragen. Und wir gehen jetzt in der Zeit etwas zurück – als es noch die Sowjetunion gab.

Im Jahr 1987, zum siebzigsten Jubiläum der Revolution und mitten in der Perestroika-Zeit, knüpfte Michail Gorbachev noch an die positive Ausstrahlung des Revolutionsbegriffes an. Nicht von ungefähr nannte er seinen Perestroika-Kurs eine „Revolution“, – und nicht „Reform“. Im Vortrag „Oktober und Perestroika: Die Revolution geht weiter“ (1987) machte er deutlich: die Stalinzeit war eine Devianz, eine tragische Abweichung der sowjetischen Geschichte – und schlug ähnlich wie Nikita Chruschtschow den Kurs „zurück zu Lenin“ vor. Er löste die Februarrevolution aus dem Schatten Oktobers und bezeichnete sie als „die erste Erfahrung der Demokratie“.

Doch die Revolution in ihrer sowjetischen Deutung konnte sich nicht mehr halten. Die rasante, gesellschaftlich vorgetragene radikale Umwertung der Sowjetepoche spülte den „Großen Oktober“ von seinem Podest. Mit dem Bedeutungsverlust Gorbachevs und dem Triumph Boris Jelzins 1991 begann die negative Umwertung des sowjetischen „Gründungsmythos“. Die traditionelle Bezeichnung – Große Sozialistische Oktoberrevolution – wurde als Symbol historischer Lügen dem Spott preisgegeben: „Weder groß, noch sozialistisch, noch Revolution, noch kalendertechnisch im Oktober“, hieß es in einer verbreiteten Anekdote.

Vor allem nach der Abwehr des Augustputsches 1991 diente das Motiv der Oktoberrevolution als „Weg in die Katastrophe“ der Selbst-Legitimierung der neuen, reformorientierten Macht um Boris Jelzin. (Der August-Putsch 1991 war ein Versuch einer Gruppe von kommunistischen Parteifunktionären, Michail Gorbatschow abzusetzen und das Land unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie wollten den Prozess des Zerfalls der Sowjetunion stoppen und den wirtschaftlichen Reformkurs anhalten. Der Putsch scheiterte wegen des Widerstands der demokratischen Kräfte um Boris Jelzin – und beschleunigte den Zerfall der Sowjetunion.)

Die Oktober-Revolution, das ehemalige „Schlüsselereignis der Weltgeschichte“ bekam Bezeichnungen wie „Putsch“, Umsturz“, „Staatsstreich“ oder „Machtergreifung“. Die Revolution – wie auch generell alles Sowjetische – blieb während der gesamten Zeit unter Jelzin negativ konnotiert. Revolution war nun eine „nationale, (heißt: russische) Tragödie“. Übrigens – nicht zufällig heißt es *nationale* Tragödie – bezogen auf genuin russische Bevölkerung. Wir erinnern uns, dass Putin vom „Volk“ und nicht von einer Nation spricht, um auch bei Nicht-Russen anschlussfähig zu bleiben – das war in den frühen 1990er Jahren, als man nach einer neuen, national-russischen Idee suchte, keineswegs auf der Agenda.

Auch wenn Jelzin für kurze Zeit die Februarrevolution positiv hervorhob und es von russischen Gewerkschaftlern die Forderung gab, den 13. März als Gedenktag an die Februarrevolution zu verankern, konnte der Februar nie aus dem negativen Schatten des „Oktober-Putsches“ heraustreten. Eine viel wichtigere Rolle spielten dagegen die Romanov-Monarchie, die Familie des letzten Zaren und die Gegner der Bolschewiki im Bürgerkrieg, die Weiße Armee. Eine breite Rezeption fanden die Erinnerungsschriften der Weißen Armeeführer sowie russischer antibolschewistischen Denker und Emigrees.

Die Ereignisse in Petrograd wurden als russische *Smuta*, als Zeit der Wirren, erklärt – ein historisch aufgeladener Begriff, der für staatliche Desintegration und Schwäche steht. Das Jahr 1917 wird nicht mit der Französischen Revolution verglichen – was bei Zeitgenossen und in der sowjetischen Historiografie stets präsent war – sondern mit einem russischen Aufstand, dem „*russkij bunt*“, einem sinn- und gnadenlosen Aufbegehren des Volkes.

Die Spontanität und Gewaltbereitschaft der Volksmassen, des Pöbels, der als *ochlos* bezeichnet wurde, war ein häufiges Erklärungsmuster für die Oktoberrevolution. Dem Pöbel („*ochlos*“) fehlte es, so die Deutung, an Intelligenz und Geduld, um sich auf die liberalen Reformer zu verlassen. Die Bolschewiki hingegen hätten mit ihren volksbezogenen Parolen die Massen aufgehetzt und so die Macht an sich gerissen. *Ochlos* und *ochlokratija* wurden im Diskurs der 1990er Jahre zu populären Begriffen, um Kritik am oligarchie-zentrierenten Reformkurs Jelzins zurückzuweisen.

Im Laufe der frühen 1990er Jahren rüttelten Probleme und Misserfolge des Reformkurses und die damit einhergehenden sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen stark an der Popularität Boris Jelzins und lösten bei vielen Russen eine Sowjetnostalgie aus. Die Demonstrationen an den Jahrestagen der Oktoberrevolution (7. November), veranstaltet von der Kommunistischen Partei Russlands, erhielten wieder mehr Zulauf.

Bild: Demo am 7. November 1998 in Moskau.

Jelzin hatte bereits 1995 versucht, diesen Tendenzen durch eine Überlagerung der Symbole zu begegnen: Er reaktivierte den vorrevolutionären, orthodoxen Feiertag anlässlich der „Befreiung Moskaus von den polnischen Interventen“. Dieser Tag hatte auf an ein Ereignis im 17. Jahrhundert verwiesen, als es nach dem Tod des letzten Vertreters der Rjurikiden-Dynastie um den Thron gekämpft wurde. Diese Zeit ist als smuta, als „Zeit der Wirren“ in die Geschichte eingegangen. In diesem Narrativ hätten die heldenhaften Russen Pozharksi und Minin an einem Novembertag im Jahr 1612 den ausländischen Interventen erfolgreich Stirn geboten und sie aus der Hauptstadt des Moskauer Zarenreiches vertrieben. Jelzin wählte just den 7. November, um dies feierlich zu begehen.

Ab 1996 versuchte er eine Umdeutung vorzunehmen: Der 7. November sollte zukünftig als „Tag der Eintracht und Versöhnung“ begangen werden – als Mahnung zu Einigkeit und gegen Konfrontation. (Das Motiv der Versöhnung wurde somit bereits unter Jelzin genutzt, jedoch ohne größere Wirkung.)

Mit der Amtseinführung Putins wird Geschichte zu einer wichtigen Ressource für die Selbstlegitimierung.

Putin versprach Stabilität und die Entwicklung in kleinen Schritten – ein Ansatz, der nach den wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen der 1990er Jahre in der russischen Gesellschaft auf Zuspruch stieß.

In seiner ersten Rede vor der Föderalversammlung im Jahr 2000 erklärte Vladimir Putin den „Zyklus von Revolution und Konterrevolution“ für beendet und Stabilität zur Grundlage aller Entwicklung.[[3]](#footnote-3) Der Kreml definierte sich selbst von Beginn an als anti-revolutionär und will *Revolution* als politisches Praxis für immer mit negativen Deutungen belegen.

Der auffälligste Unterschied zwischen Jelzin und Putin besteht in der verstärkten Hinwendung des letzteren zum sowjetischen Erbe. Unter Putin begann die Re-Integration des Sowjetischen in die „tausendjährige russische Geschichte“. Dabei ging es Putin weder um eine Idealisierung noch um eine Dämonisierung des Sowjetischen, sondern um eine Auswahl von historischen Momenten, die sich in das stolze Narrativ integrieren lassen und die in der Bevölkerung anschlussfähig sind. Dabei wird das Sowjetische *nicht* als politisch-ökonomische Alternative zu westlichen Demokratien wahrgenommen, es erscheint vollständig losgelöst von seiner sozialistischen Komponente.

Die Metamorphosen des Tages der Oktoberrevolution sind ein gutes Beispiel für diese Politik. 2004 wurde der „Tag der Vertreibung der polnischen Besatzer“ auf sein historisches Datum, den 4. November, zurückverlegt und bekam den Namen „Tag der Einheit des Volkes“. Gleichzeitig wurde am 7. November ein neuer „Tag des militärischen Ruhmes“ eingeführt: der „Tag der Parade auf dem Roten Platz anlässlich des 24. Jahrestages der Oktoberrevolution 1941“. Hier offenbart sich deutlich die populistische Taktik der neuen Geschichtspolitik: Die Revolutionserinnerung wird zwar formal erhalten, jedoch in das übergreifende Narrativ des Großen Vaterländischen Krieges und der Schlacht um Moskau eingebettet. Die vom Staat gefürchtete „revolutionäre“ Erinnerungsaura wird überblendet: Der 7. November bleibt für Kommunisten und Sowjetnostalgiker erhalten und wird zudem für die nicht-kommunistisch orientierte Bevölkerung anschlussfähig gemacht.

Die Bewertung der Bolschewiki änderte sich durch diese historischen Anknüpfungspunkte jedoch nicht: Vladimir Putin erklärte im Juni 2012 vor dem Föderationsrat, dass Russland durch die Machenschaften der nationalen Verräter (Bolschewiki) eine Niederlage durch die Besiegten erlitten habe. Die Bolschewiki stehen in dieser Interpretation gewissermaßen für eine russische „Dolchstoßlegende“.

Eine besondere Herausforderung für das Revolutionsjubiläum stellte eine einheitliche Begrifflichkeit dar – variierte doch die begriffliche Spannbereite zwischen einem „Putsch“ und der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“.

**2. Drei Bilder der Revolution**

Unabhängig von den Bestrebungen der Geschichtspolitik, das Revolutionsjahr als tragische, zur Versöhnung mahnende Geschichte zu erzählen, gibt es heute eine Vielfalt an Deutungen der Russischen Revolution. Die Positionen unterscheiden sich nach den ihnen zugrundeliegenden Wertvorstellungen; nach den Charakteristika, die Lenin oder Stalin zugeschrieben werden sowie nach der Bewertung der Beziehung zwischen „Volk“ und „Intelligenzija“.

1. National-konservative Deutungen:

In der konservativen Deutung stehen die Größe und die Stärke des Staates als höchster Wert und Maßstab im Zentrum. Die Geschehnisse werden in einem Begriff als „Februar-Oktoberrevolution“ zusammengefasst und ausschließlich negativ gedeutet: als Pogrom, als Zerstörung, als Katastrophe, die den Zerfall des Imperiums verursachten.[[4]](#footnote-4) Diese Deutung der Revolution als „nationale Schande“ entstand bereits während der Revolutionsereignisse selbst und kehrte nach 1991 aus der Emigration in den öffentlichen Diskurs zurück. Der Kommunismus erscheint als eine wesensfremde Ideologie, die nicht auf russischen „Sonderweg“ angewendet werde durfte. In Anlehnung an die Slawophilen des 19. Jahrhunderts und die Eurasier der Gegenwart werden sowohl Marxismus als auch Liberalismus als (national) fremd, ja sogar als fremdes Dämonentum (*Čuzebesie)* verstanden.

Während der Februar 1917 in die Kontinuität der Palastrevolten des 18. Jahrhunderts, die dem Tod Peters I. folgten, eingeordnet wird, kommt mit der Einführung des Sozialismus nach der Oktoberrevolution die „Herrschaft des Antichrist“[[5]](#footnote-5) und das Ende des „traditionellen, heiligen Russlands“. In diesem Erklärungsmuster fehlen sowohl soziale Gründe für den revolutionären Protests als auch das verbreitete Misstrauen gegenüber dem Zaren – Schuld trägt hier vor allem die liberale Bürokratie, die sich illoyal zu Obrigkeit verhielt.

Eng verbunden mit dieser Fokussierung auf nationale Größe ist auch die Deutung von Lenin und Stalin. Während Lenin für den fremdartigen, kosmopolitischen Kommunismus steht und ihm Verrat an nationalen Interessen vorgeworfen wird, erscheint Stalin in der imperial-konservativen Deutung weitaus positiver: Er steht für die Wiederherstellung des Imperiums, den Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ (1941-1945) und allgemein für die Rückkehr zu „patriotischen Werten“.

2007 brachte sich auch Aleksandr Solzhenicyn, als wichtige Stimme der Nationalkonservativen, mit seinem vielbeachteten Beitrag „Überlegungen zur Februarrevolution“ in den Revolutionsdiskurs ein.[[6]](#footnote-6) Solzhenicyn deutete die Februarrevolution als negatives Schlüsselereignis des 20. Jahrhunderts, als eigentliche „Katastrophe“ und beklagte die Unfähigkeit des Zaren, der revolutionären Explosion entgegenzutreten. Der schwache Zar habe dem „liberal-radikalen Feld“ keinen Widerstand geleistet – und das Land so einem „nationalen Ohnmachtsanfall“ überlassen. Dieser Text Solzhenicyns war für die politischen Eliten von hohem Funktionalisierungswert: Er begründete die Notwendigkeit, den „Liberalen“ entschlossen entgegenzutreten und legitimierte Gewaltanwendung gegen eine revolutionäre Bedrohung.

Die imperial-konservative Deutung der Revolution wird durch die politischen Eliten gestützt. Bereits 1999 sprach Putin über die Notwendigkeit einer Ideologie, in deren Mittelpunkt Patriotismus, Großstaatlichkeit und genuin russische Werte stehen müssten. Seit der Rückkehr Vladimir Putins in den Kreml 2012 gehören Patriotismus und „traditionelle Werte“ und Verweise auf konservative Denker zum Standardrepertoire seiner öffentlichen Auftritte.

Für die Tagespolitik kann das national-konservative Erklärungsmodell in zwei Richtungen eingesetzt werden – zum einen gegen Liberale und westliche Ideale, die als Schwäche dargestellt werden und zum anderen gegen die heutige Kommunistische Partei Russlands, der man vorwirft, Macht über nationale Interessen zu stellen.

2. Das sozialistische Modell:

Die sozialistische Deutung der Revolution bestimmte die sowjetische Erinnerungskultur bis zum Ende der Sowjetunion. In der teleologisch aufgebauten Geschichtsdeutung war der historische Prozess eine vorbestimmte Bewegung durch die gesellschaftlich-ökonomischen Formationen. Im Diskurs russischer Kommunisten von heute hat die Oktoberrevolution ihren zentralen positiven Platz behalten, sie ist nach wie vor die Geburtsstunde der „Sowjetmacht der Arbeiter und Bauern“. Auch die Februarrevolution als „bourgeoise Revolution der kapitalistischen Klasse“ behielt ihren Platz im Schatten des Oktobers. Die aktuelle Zusammenfassung des Jahres 1917 als „Große Russländische Revolution“ wird dementsprechend zurückgewiesen.

Das sozialistische Modell zeichnet sich durch eine starke Ambivalenz aus. Auf der einen Seite wird die positive Deutung des „Großen Oktobers“ beibehalten, auf der anderen Seite gibt es auch hier eine negative Konnotation des Revolutionsbegriffs: Die Majdan-Revolution in Kiew und die Protestbewegung 2011-2012 werden als Manipulationen amerikanischer Geheimdienste gedeutet. Die Februarrevolution wird in diesem Zusammenhang als „allererste bunte Revolution“ gedeutet und zur negativen Abgrenzung herangezogen.

Die Erinnerung an die Oktoberrevolution ist somit auch national-konservativ auf die Vergangenheit bezogen und nicht auf die Gegenwart und Zukunft als Symbol der Veränderung von Herrschaftsverhältnissen. Nicht die Leninsche Utopie der sozialen Gerechtigkeit steht im Kern des kommunistischen Diskurses, sondern die Sehnsucht nach der Stalinschen „siegreichen Zeit“ und nach den Brezhnevschen „stabilen“ „Goldenen 1970ern“. Die Oktoberrevolution brachte, in dieser Deutung, das sowjetische Modell, das sich im Zweiten Weltkrieg gegen Hitlerdeutschland behaupten konnte – Stalin erscheint in dieser Deutung als „großer Führer“ und „starke Hand“ - eine Einschätzung, die auch in national-patriotischen Kreisen anschlussfähig ist, die vor allem Stalins Rolle bei der Wiederherstellung des Imperiums goutieren.

3. Das liberale Modell

Auch das liberale Deutungsmodell nimmt seinen Anfang in der Revolutionszeit. Es wurde maßgeblich geprägt durch Pavel Miljukov, dem Vorsitzenden der Partei der Konstitutionellen Demokraten und einem wichtigen Akteur der Februarrevolution.[[7]](#footnote-7) Dieses Modell trennt zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution. Während die Februarrevolution als Reaktion auf eine tiefe Systemkrise des Imperiums interpretiert und somit als folgerichtig und unumgänglich gedeutet wird, erklärt es den Oktober zum gewaltsamen Umsturz einer Partei, die es lediglich im richtigen Moment verstand, das Volk zu mobilisieren. Die Februarrevolution, als Durchbruch der Demokratie, erlebte im Oktober 1917 ihr Scheitern und den Beginn einer totalitären und verbrecherischen Entwicklung.

Als Maßstab der Bewertung der Revolution dient hier der Wert des menschlichen Lebens und die individuelle Freiheit. Weder eine Ideologie noch das Streben nach staatlicher Größe können hier die Unterdrückung von individuellen Rechten rechtfertigen.

Interessant sind die Unterschiede in den Positionen der Liberalen von damals und heute. Während die Liberalen im Jahr 1917 die traditionellen Gewohnheiten des ungebildeten, „faulen“ Volkes als Ursache für das Scheitern der Demokratie beschrieben, und die Misserfolge der Intelligenzija mit der Gewaltbereitschaft der Volksmassen erklärten, führen die Liberalen von heute das Scheitern nicht mehr auf den Antagonismus zwischen „Intelligenzija“ und „Volk“ zurück, sondern auf das Handeln der Bolschewiki und den Repressionscharakter des Sowjetstaates.

Ähnlich wie der sozialistische und der imperial-konservative ist auch der liberale Diskurs tagespolitisch angebunden. Heutige Liberale sehen sich oft in einer Tradition der Konstitutionellen Demokraten oder der Sozialrevolutionäre. Grigorij Jawlinski, der Vorsitzende der linksliberalen Partei *Jabloko*, deutet den Februar als Versuch der Eliten Russland aus einem „Zustand des Verfalls“ herauszuführen, verbunden mit der Hoffnung auf Modernisierung und einem Weg nach Europa. Dieser Hoffnung hätten die Bolschewiki ein Ende gesetzt. Deutlich klingt hier die historische Parallelisierung der autoritären Herrschaft Putins mit der Autokratie der Bolschewiki durch. Deutlich ist zudem die Betonung der Kontinuität zwischen Lenin und Stalin: der stalinsche „Gulag“ und der Große Terror seien die direkten Folgen der Revolution, so die Liberalen.

Alle drei Erklärungsmodelle haben gemeinsam, dass sie deutlich an aktuelle politische Kontexte angebunden sind und große Narrative anstreben. Ihre Verfechter identifizieren sich mit Akteuren des Jahres 1917. Gemeinsam haben diese Modelle auch einige Themen die ausgelassen werden, wie zum Beispiel die Figur Lew Trotzki, der bei der Radikalisierung der Sowjets im Sommer 1917 und in der Vorbereitung der Oktoberrevolution eine größere Rolle spielte als Lenin. Der Fokus liegt jedoch, ähnlich wie zur Sowjetzeit, auf Lenin und seinem Handeln, sei es mit positiven oder mit negativen Vorzeichen.

Von den drei Perspektiven bekommt heute die nationalkonservative die breiteste Öffentlichkeit. Die russische Führung, Putin und seine Administration, sehen das Tragische an der Revolution vor allem in dem Verlust des Imperiums. Putin bezeichnete Lenins sofortigen „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ in Brest-Litowsk als Verrat an nationalen Interessen und dessen beharren auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker als eine „Zeitbombe für den russischen Staat“. Die imperiale Größe Russlands dient hier als Maßstab, nach dem der Sinn und das Ergebnis der Revolution zu bewertet sind. In Russlands Krieg gegen die Ukraine wird diese imperiale Logik in die Extreme getrieben: Die Gebiete des souveränen ukrainischen Staates werden als „genuin russische Gebiete“ bezeichnet, die durch verfehlte Nationalitätenpolitik Lenins der Ukraine (der Ukrainischen SSR) zugeschlagen wurden.

Der vom Kreml propagierte Weg der langsamen, anti-revolutionären, Entwicklung weist immer noch gesellschaftliche Bindungswirkung auf. Wie ist das gesellschaftliche Bild der Revolution?

 **3. *Das kommunikative Gedächtnis: Lenin vs. Stalin***

Im geschichtspolitischen Konservatismus sind Parallelen zum kommunikativen Gedächtnis zu erkennen: Soziologische Untersuchungen zeigen eine große Popularität von Iosif Stalin und Leonid Brezhnev, im Gegensatz zu Lenin.[[8]](#footnote-8) Dagegen wird alles, was mit Reformen und revolutionären Übergängen zu tun hat – beispielsweise die Reformzeit Michail Gorbachevs und Boris Jelzins – negativ gedeutet.[[9]](#footnote-9) Die Sowjetnostalgie ist stark ausgeprägt, zugleich erstreckt sie sich jedoch nicht auf Lenin und 1917. Vielmehr sehen wir hier die Sehnsucht nach der Stalinschen „siegreichen Zeit“ oder den Brezhnevschen „stabilen“ Jahren der „Stagnation“. Gewissermaßen spiegelt sich hier die Trägheit und der Konservatismus des russischen gesellschaftlichen Denkens.[[10]](#footnote-10) Es ist bezeichnend, dass auf dem Buchmarkt über Stalin und Brezhnev eine Fülle an teilweise hagiografisch anmutenden Schriften zu verzeichnen ist, über Vladimir Lenin oder Leo Trotzki dagegen sind es nur sehr wenige. (Lew Trotzki, der eigentliche Macher der Revolution, wird lediglich in einem aufreißerischen Serienfilm dargestellt. Hier verkörpert er einen Fanatiker, und einen von seinen Trieben geleiteten Juden, einen gewaltsamen Anführer der wie kein anderer die Psyche des Volkes (des Pöbels) spürte.)

Der Marxismus-Leninismus und seine Dialektik werden als schwerverständliche, irrelevante und alltagsferne Theorien wahrgenommen.[[11]](#footnote-11) Interessant ist hier, dass seine Revolutionsziele - Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, als vorgekünstelt und aufgezwungen „erinnert werden“.[[12]](#footnote-12)

Die imperiale, auf nationale Großmacht ausgerichtete Spielart des „Kommunismus“, womit Stalin assoziiert wird, genießt hohe Popularität und ist gesellschaftlich anschlussfähig.[[13]](#footnote-13) Wird Lenin als “Vater der Revolution“ wahrgenommen, gilt Stalin hier als „Vater des Vaterlandes“ – der erstere steht für radikale Umbrüche, der letztere – für (vermeintliche) Stabilität, den Aufstieg zur Großmacht und den Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“.[4](https://erinnerung.hypotheses.org/8786#footnote_3_8786) Stalin bezog sich in seiner Kulturpolitik auf nationale Werte und patriotische Slogans („Aufbau des Sozialismus in einem Land“). Russische „National-Patrioten“ von heute wissen, dass Lenin betonte, Patriotismus sei für ihn ein Schimpfwort.

Die Stalinsche Herrschaft wird von den Sowjet-Nostalgikern als Zeit der großen technologischen und militärischen Siege reduziert. Zentral bei dieser gesellschaftlichen Ehrung Stalins ist jedenfalls seine Verknüpfung mit dem Sieg im Zweiten Weltkrieg. Es sind gesellschaftliche Initiativen – und nicht staatliche Aktionen – dass im Rahmen der Feierlichkeiten am 9. Mai, des russischen „Tags des Sieges“ Stalin-Porträts getragen oder ins Zentrum des Kriegsdenkmals installiert werden.

Schließlich ist der gesellschaftliche Diskurs des Stalinismus unzertrennlich mit der Frage nach dem Führungsstil verbunden: Metaphorisch wird die Figur Stalin für den „harten, aber gerechten“ Herrscher, für die „starke Führung“ verwendet. Mit diesem Symbol treten heute die nationalkonservativen quasi-staatlichen Bewegungen auf, um populistische Politik gegen jegliche Kreml-kritische Stimmung zu führen. Es kann gut sein, dass das gesellschaftliche Wissen zu Stalin genau so bescheiden und lückenhaft ausfällt wie zu Lenin, doch löst Stalin um einiges mehr an Emotionen aus, was ihn für die Mobilisierung als viel geeignetere Bezugsfigur erscheinen lässt. Bezeichnenderweise lassen Teile der russischen Gesellschaft auch immer neue Stalin-Büsten und keine Lenin-Büsten aufstellen.

Andererseits, gibt es gesellschaftliches Unbehagen an dem Denkmal-Storz in der Ukraine: dass dort nach 2014 Lenin-Denkmale demontiert wurden, wird in Russland als „Verfälschung“ der Geschichte bezeichnet. Aber eigentlich geht es den Kritikern um Lenin-Denkmal als Symbol des Russisch-Seins der Ukraine, um Zeichen der imperialen Präsenz und darum, der Ukraine das Recht abzusprechen, selbst über ihren öffentlichen Raum zu entscheiden.

In einer Sache sind sich die Regierung und mehrheitlich auch die Gesellschaft Russlands einig: Es darf keine Revolution mehr geben. Die Lehren aus der Geschichte seien, dass die politischen Umwälzungen für Russland nie etwas Gutes bedeutet hätten. Stabilität – das entspricht eher dem Leitsatz der Politik und dem Wunsch der Gesellschaft. Erinnerung an eine Rebellion kann zu einer neuen Rebellion anstiften, meint der Kreml und schafft es, durch mediale Ressourcen und die Kulturpolitik[1](https://erinnerung.hypotheses.org/8786#footnote_0_8786) auch in der Gesellschaft Unbehagen gegenüber Revolutionen zu erzeugen.

Auch die Russisch-Orthodoxe Kirche deutet Lenin und die Revolution negativ, als zielgerichtete Diversion zur Zerstörung der Staatlichkeit und als atheistische, kirchenfeindliche Macht. Die Heiligsprechung des letzten Zaren Nikolai II. und seiner Familie 2000 erhob sie in die Reihen der neuen Märtyrers, die laut der christlichen Lehre für ihren Glauben gemartert wurden.

Das größte Denkmal für sie ist sicherlich die Kirche Auf dem Blut in Jekaterinburg, die 2003 an der Stelle ihrer Erschießung, am sog. Ipat’jev-Haus, erbaut wurde. Ein neuer Ikonenstil folgte: Im Stile der Heiligenmartyrien wird das Martern der Opfer des „Roten Terrors“ auf ähnliche Weise gezeigt: Die Diener der Hölle tragen die Uniform des ČK – des bolschewistischen Geheimdienstes, ihre Opfer – novomučeniki, Neue Märtyrer, kommen durch ihr Leiden und ihr Festhalten am Glauben in den Himmel und werden selbst zu Erlösern.

Mein letzter thematischer Aspekt ist Erinnerung an die Opfer der Bolschewiki.

Noch ein Faktor ist für das fehlende Bewusstsein über das Wesen der Revolution von Bedeutung: Die Abwesenheit einer angemessenen Sprache über die Opfer des bolschewistischen und später des stalinistischen Terrors. Illustrieren kann man dies am besten am Beispiel der heutigen Ausgestaltung der Gedenkstätten für die Opfer des „Roten“ bzw. des Großen Terrors. Historisch gesehen sind dies entweder Erschießungsorte oder Orte der geheimen Beisetzung der Hingerichteten, doch sie alle eint —  sie sehen wie Friedhöfe aus. Es findet sich keine oder fast keine historische Information an diesen Orten, und es sind keine Lehrstätten der schulischen Bildung.[9](https://erinnerung.hypotheses.org/8786#footnote_8_8786)

So zum Beispiel die Gedenkstätte für Opfer des „Roten Terrors“ bei St. Petersburg, die schlicht den Namen Kowaljower Wald (Kovalëvskij Les) trägt. Die Menschen wurden mit Lastwagen hierher gebracht, dann von dort zur Erschießung in den Wald geführt. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen zur Einhaltung der strengen Geheimhaltung der Hinrichtungen wurde der Ort fast umgehend bekannt. Die Erschießungen im Kowaljower Wald hörten im Winter 1921-1922 auf – nachdem bekannt wurde, dass Angehörige der Opfer diesen Ort aufsuchen, um ihren Nächsten zu gedenken.

2001 trat dieser Ort in die Petersburger Topografie des Terrors ein, als die Gesellschaft Memorial die Überreste aus den frühen 1920er Jahren entdeckte.

Petersburger Lokalhistoriker vermuten, dass hier etwa fünftausend Menschen hingerichtet und begraben wurden, darunter die Teilnehmer des Kronstädter Aufstands von 1921 und die vermeintlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der „Petrograder Kampforganisation“ („Tagancev-Affäre“), unter ihnen – Nikolaj Gumilëv, der bekannteste Dichter des „Silbernen Zeitalters“ der russischen Literatur und Ehemann Anna Achmatovas. Heute sieht man deswegen vor allem Spuren seiner Anhänger – seiner Leserinnen und Leser, die hierher kommen, um Gumilëv zu gedenken. Es gibt eine Erinnerungstafel mit Zitaten aus seinen Gedichten, Porträts und kleine Kapellen in seinem Namen.

Das zweite stark präsente Motiv ist das religiöse, - der Kult des Neu-Märtyrertums. Im Kowaljower Wald sind Kreuze und Ikonen überall zu sehen: Auf dem Erdboden, auf den Bäumen und an den Mauern. Es gibt mehrere inoffizielle Kapellen, die keinem offiziellen Kanon entsprechen. Es sind eigene Heilige und eigene Gebete, kurz – ein eigener Kult, in dem sich das Heidnische und das Neu-Kanonische vermischen. Für die Zukunft ist geplant, hier sowohl einen Ableger eines Klosters als auch ein inoffizielles Gumilëv-Freiluftmuseum zu errichten.

Warum sind die Formen der lokalen Erinnerungspraxis so bemerkenswert, wenn nicht gar unheimlich? Der Kontext der Sprache, korrekter **einer Nicht-Sprache** über das Wesen des Terrors in der Sowjetzeit könnte eine Erklärung sein. Die Einsicht, dass die Sprache eine große Wirkung darauf hat, wie Geschichte geschrieben und verstanden wird, gehört zu den festen Reflexionsebenen der Erinnerungsforschung.

So gibt es heute weder seitens des Staates, noch seitens der Gesellschaft, den Wunsch, eine eindeutige Bewertung des sowjetischen Terrors zu geben. Sowohl auf der Ebene der Erzählung als auch auf der Ebene der Ausgestaltung der Gedenkorte an die Opfer bleibt die Geschichte unartikuliert und unverstanden. Die Oktoberrevolution und ihre logische Folge – der „Rote Terror“ – sind Orte der Nicht-Erinnerung und lösen hundert Jahre später nur Unbehagen aus. Zudem verfolgt der russische Staat gesellschaftliche Akteure, die sich für die Erinnerung einsetzten, Gesellschaft Memorial wurde Ende 2021 liquidiert.

Resumee

Die Erinnerungspolitik des Kremls, zumindest bis 2012, war folglich von dem Bestreben gekennzeichnet, Macht zu sichern und die gespaltene Gesellschaft zu konsolidieren. Der Ansatz „Evolution statt Revolution“ wurde zur machtsichernden Staatsräson erklärt. Alles, was 1917 geschah, wird auf den Endpunkt projiziert: Niederlage im Ersten Weltkrieg, die Ruinen des Imperiums, der Bürgerkrieg. Die Lehren daraus liegen auf der Hand: die Eliten dürfen nicht gespalten auftreten, sondern sich um einen starken Anführer konsolidieren.

Die offizielle Funktionalisierung der Revolutionserinnerung ist im Kontext der russischen Innenpolitik zu sehen. Es klingt wie eine verbale Konterrevolution in Bezug auf die Oktoberrevolution, wenn nicht soziale Gerechtigkeit und Demokratie als Ideale der Gegenwart hochgehalten werden, sondern Patriotismus und traditionelle Werte. Damit ist Russland im globalen Trend, in dem die Werte der Sozialdemokratie gegenüber den Werten des rechten Populismus verloren haben. Das Erinnern an das Jahr 1917 beschränkt sich auf die Dämonisierung der Revolution als politische Praxis, stattdessen werden das Mantra der Evolution statt Revolution und die Stabilität hochgehalten.

 Nach 2012, und vor allem nach 2014, als Russland die Krim annektierte, kamen neue Akzente hinzu: Es wurden Narrative geschaffen, um die expandierende imperiale Politik zu begründen. Die Ukraine kam verstärkt in den Blick der Kreml-Ideologen und ihre nationale Souveränität als Fehler während der „Großen Erschütterungen“ vermittelt.

Seitdem – und vor allem nach dem Großangriff auf die Ukraine im Jahr 2022 – ist Imperialismus und antiwestliche Haltung das wichtigste Thema russischer Geschichtspolitik.

1. Als solche werden Fragen definiert, zu denen es eine Meinungsambivalenz gibt. Die Lehrer sind aufgefordert, im Unterricht die Vielfalt der dazu bestehenden Meinungen zu diskutieren. [↑](#footnote-ref-1)
2. Hier ist eine gewisse Tradition zu seinem Bild in den 1990er Jahren Jahren zu sehen, siehe dazu die Einschätzung von Boris Kolonickij: Fevral'skaja? Buržuaznaja? Demokratičeskaja? Revoljucija… In: Neprikosnovennyj Zapas 2002 (22/2). Online: http://magazines.russ.ru/nz/2002/22/kolonic.html [↑](#footnote-ref-2)
3. Vladimir Putin: Poslanie Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii. 3 aprelja 2001 goda.Moskva, Kreml'. Online: http://kremlin.ru/events/president/transcripts/21216. [↑](#footnote-ref-3)
4. minakov 90 [↑](#footnote-ref-4)
5. A. Losev [↑](#footnote-ref-5)
6. FN Rossiskaja GAzeta; Hinweis auf die erstveröffentlichung in den 80ern [↑](#footnote-ref-6)
7. Miljukov, Pavel: Istorija vtoroj russkoj revoljucii. [↑](#footnote-ref-7)
8. Gorškov, Michail, Sheregi, Franz: Molodezh Rossii: demografičeskie tendencii, istoričeskoe soznanie. In: Monitoring obščestvennogo mnenija 6(94), 2006, 5-35; [↑](#footnote-ref-8)
9. Dies ist eine Konstante seit den späten 1990er Jahren. Siehe: Bojkov, Vladimir: Sostojanie i problemy formirovanijq istoričeskoj pamjati. In: Socis. 08/2002, S.85-89 . [↑](#footnote-ref-9)
10. Interview mit Alexei Miller, Neprikosnovennyj Zapas, 1, 51/2007: http://magazines.russ.ru/nz/2007/1/int12.html [↑](#footnote-ref-10)
11. Gorškov, Sheregi, Molodezh Rossii. [↑](#footnote-ref-11)
12. So Ergebnisse der Schülerumfragen 2006, Gorškov, Sheregi, Molodezh Rossii. [↑](#footnote-ref-12)
13. Igrickij, Lenin i Stalin. [↑](#footnote-ref-13)